

INHALT

VORWORT	11
WALLDORF IN DEN 1920ER UND 1930ER JAHREN:	
STRUKTUR – EINWOHNER – WIRTSCHAFT	13
AUSDEHNUNG UND VERKEHRSANBINDUNG.....	13
TERRITORIALE ZUGEHÖRIGKEIT	14
VERWALTUNGSSTRUKTUR.....	14
BAUERN- UND ARBEITERKOMMUNE.....	15
TABAKVERARBEITUNG	15
HOPFENANBAU UND -WEITERVERARBEITUNG	15
HANDWERK UND EINZELHANDEL	16
GASTRONOMIE.....	16
INDUSTRIE ALS WICHTIGER ARBEITGEBER	17
WALLDORF IN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929.....	19
KOMMUNALPOLITISCHE GREMIEN UND VERWALTUNG	21
BÜRGERAUSSCHUSS – GEMEINDERAT – BÜRGERMEISTER	21
DIE ZUSAMMENSETZUNG DER WALLDORFER GEMEINDERÄTE VON 1930 BIS 1932.....	23
POLITISCHE PARTEIEN	24
EVANGELISCHER VOLKSDIENST (EVD)	24
DEUTSCHE ZENTRUMSPARTEI (ZENTRUM).....	24
DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI (DNVP)	25
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD).....	25
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP)	28
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD).....	31
WAHLEN	33
UNRUHIGE ZEITEN	38
STRASSENSCHLACHT NACH EINER GEMEINDERATSWAHL.....	39
PROVOKATIONEN UND AUSEINANDERSETZUNGEN DER POLITISCHEN LAGER.....	41
DIE NAZIS AN DER MACHT.....	45
BESTÄTIGUNG DER NS-POLITIK BEI DER REICHSTAGSWAHL.....	46
ORTSGRUPPENLEITER – DIE KOMMUNALEN „FÜHRER“	47
DIE LEITER DER NSDAP IN WALLDORF.....	49
„PARTEISCHÄDIGENDES VERHALTEN“	49
MÄNNER FÜRS GROBE – DIE SCHLÄGERBANDE SA.....	51
INSTRUMENT ZUR UMSETZUNG DES NS-RASSENWAHNS – DIE SS	54

KOMMUNALPOLITISCHE GREMIEN UND VERWALTUNG

NACH 1933	57
UMBAU NACH DEM „FÜHRERPRINZIP“	57
ABSCHAFFUNG DER KOMMUNALEN MITBESTIMMUNG	59
CHAOTISCHE VERHÄLTNISSE.....	60
BÜRGERMEISTER OHNE MACHT	60
EIN „VERWALTUNGSFACHMANN“ VON AUSSERHALB	60
DIE ZUSAMMENSETZUNG DER WALLDORFER GEMEINDERÄTE VON 1933 BIS 1946.....	62
SYMBOLE DER „MÄCHTERGREIFUNG“	65
EHRENBÜRGERWÜRDEN.....	65
STRASSENUMBENENNUNGEN	65
RÜCK- UND NEUBENENNUNGEN NACH 1945.....	67
FEIERTAGE IM NATIONALSOZIALISMUS	69
REICHSGRÜNDUNGSFEIER	70
HELDENGEDENKTAG.....	70
1. MAI: „TAG DER NATIONALEN ARBEIT“	71
SONNENWENDE	73
REICHSPARTEITAG IN NÜRNBERG	74
ERNTEDANKTAG.....	75
GEDENKTAG FÜR DIE „MÄRTYRER DER BEWEGUNG“	79
DAS „BRAUNE HAUS“ IN WALLDORF	80
KONTROLLE UND BESPITZELUNG DER NACHBARSCHAFT	82
DER TERROR NIMMT FAHRT AUF	84
HAUSDURCHSUCHUNGEN UND DROHUNGEN.....	85
RACHEAKTION DER WALLDORFER NAZIS	86
FESTNAHMEN, GEFÄNGNIS UND KZ.....	91
„GLEICHSCHALTUNG“	93
SCHULE.....	94
HITLERJUGEND	103
NS-FRAUENSCHAFT.....	111
ANPASSUNG ODER AUFLÖSUNG – GLEICHSCHALTUNG IM VEREINSLEBEN.....	114
GLEICHSCHALTUNG DER WALLDORFER SPORTVEREINE.....	115
REICHSARBEITSDIENST	122
ZERSCHLAGUNG DER GEWERKSCHAFTEN	134
DEUTSCHE ARBEITSFRONT.....	134

DIE WALLDORFER KIRCHENGEMEINDEN IM NATIONALSOZIALISMUS	141
DIE EVANGELISCHE KIRCHE	141
DIE KATHOLISCHE KIRCHE	147
ANTISEMITISMUS UND JUDENHASS	151
ANTISEMITISCHE AKTIVITÄTEN VOR 1933	151
ANTISEMITISMUS NACH 1933	152
DAS ANTISEMITISCHE POGROM VON 1938 IN WALLDORF	156
RESISTENZ UND ZIVILER UNGEHORSAM	163
WIDERSTAND GEGEN DAS NS-REGIME	165
AUFBAU ILLEGALER STRUKTUREN	165
ARBEIT IM VERBORGENEN.....	166
DENUNZIATION DES EIGENEN BRUDERS.....	167
ERSEHNTER ANLASS ZUM ZUSCHLAGEN	169
VERHAFTUNGEN, VERHÖRE UND ERZWUNGENE AUSSAGEN	169
EIN GESTÄNDNIS.....	170
ANKLAGE WEGEN „VORBEREITUNG ZUM HOCHVERRAT“	171
PROZESS UND VERURTEILUNG	171
GESETZESVERSCHÄRFUNG BEREITS IM APRIL 1934.....	171
SCHLUSSBETRACHTUNG.....	173
BIOGRAFIEN	175
WALLDORFER ANTIFASCHISTEN	175
NSDAP-FUNKTIONÄRE IN WALLDORF.....	182
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	187
LITERATUR UND QUELLEN	188
VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR.....	188
QUELLEN.....	189
QUELLEN IM GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE (GLA).....	190
ZEITUNGSQUELLEN	190
ONLINE-PUBLIKATIONEN	190
DANK	191
ÜBER DEN AUTOR.....	192

Die Nazis konnten ihren Stimmenanteil am 31. Juli 1932 ausbauen. Bei der Reichstagswahl wurden sie mit 37 Prozent erstmals stärkste Kraft, gefolgt von KPD mit 27,1 und Zentrum mit 21,6 Prozent sowie EVD und SPD mit 6,9 beziehungsweise 3,9 Prozent. Nur 1,1 Prozent konnte die DNVP verbuchen.

Bei der Wahl im November 1932 waren NSDAP und KPD in Walldorf wieder fast gleichauf. Zentrum und EVD folgten mit 18,7 und 10 Prozent; die SPD erhielt 3,8, die DNVP lediglich 1 Prozent. „Die Stimmenverluste der NSDAP zugunsten des EVD erhärten

Stimmzettel zur Reichstagswahl am 12. November 1933 für Baden



Gruppenbild von Parteifunktionären, SA-Angehörigen und Mitgliedern der „Nationalsozialistischen Kriegsofferversorgung“ (NSKOV) vor dem Kriegerdenkmal in der Hauptstraße anlässlich der Reichstagswahl am 12. November 1933.

Das Denkmal für die Gefallenen des Deutsch-Französischen Kriegs (1870/71) steht heute auf dem Walldorfer Friedhof.



weiter die Vermutung, daß es sich bei den vorigen NSDAP-Gewinnen zum großen Teil um Wechselwähler von NSDAP und EVD gehandelt hatte.“ (Weiser 1987, S. 106)

Am 5. März 1933 wurde nach der Machtübergabe an die Nazis ein neuer Reichstag gewählt. Diese Wahl ist nur noch bedingt als freie Wahl zu bezeichnen. Vor allem die KPD war durch Verbote von Wahlversammlungen, Demonstrationen und Druckschriften stark in ihrer Wahlwerbung eingeschränkt. Ihre Plakate und Flugblätter wurden massenhaft beschlagnahmt. Trotz aller Schikanen und Wählerwanderungen zu den Nazis gelang es den Kommunisten in Walldorf mit 25,8 Prozent nach der NSDAP (43 Prozent) zweitstärkste Kraft zu werden. Das Zentrum erhielt 20,6 und der EVD 5,9 Prozent. Die SPD konnte 3,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen; die DNVP hatte nur noch 0,8 Prozent vorzuweisen. Bereits vor der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Reichstags wurden jedoch alle Mandate der KPD annulliert. Dadurch hatten die Nazis die absolute Mehrheit im Parlament. Es folgte am 24. März 1933 das Ermächtigungsgesetz, mit dem die gesetzgebende Gewalt des Reichstags auf die NS-Regierung übertragen wurde. Es gilt als Schlüsselgesetz für den Prozess der „Gleichschaltung“ in Deutschland.

Reichstagswahl 04.01.1924

Partei	Walldorf	Baden	Deutsches Reich
KPD	16,4 %	10,1 %	12,6 %
Zentrum	25,9 %	34,5 %	13,4 %
DNVP	14,2 %	8,9 %	19,5 %
DVP	3,5 %	7,9 %	9,2 %
VSPD	8,9 %	19,9 %	20,5 %
USPD	5,9 %	x-	0,8 %
DDP	7 %	7,8 %	5,7 %
VSF/NSFP	8,2 %	–	6,6 %

Reichstagswahl 07.12.1924

Partei	Walldorf	Baden	Deutsches Reich
KPD	17,2 %	6,5 %	9,0 %
Zentrum	26,5 %	34,5 %	13,6 %
DNVP	21,2 %	8,9 %	20,5 %
EVD	5,5 %	–	–
VSPD	9,9 %	19,9 %	26,0 %
NSDAP	3,0 %	1,9 %	3,0 %

DIE NAZIS AN DER MACHT

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler und beauftragte diesen mit der Bildung einer Regierung. Hitlers NSDAP bildete zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine Koalitionsregierung, die sogenannte Regierung der nationalen Konzentration. Mit diesem Tag begann der kurze Weg von der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik hin zur NS-Diktatur unter der Führung Adolf Hitlers. Am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst, und am 6. Februar gab Reichspräsident Hindenburg Neuwahlen am 5. März 1933 bekannt. Nach der Auflösung regierte Hitler mithilfe von Notverordnungen.

In Baden feierten die Nazis die Machtübertragung auf ihre Weise. So marschierte beispielsweise in Karlsruhe ein Fackelzug der NSDAP durch die Stadt. In Heidelberg nahmen rund 800 SA- und SS-Angehörige sowie Mitglieder der Hitlerjugend an einem von der Partei organisierten Fackelzug teil.

In Walldorf feierten die Anhänger der NSDAP ebenfalls ihren Sieg. Dentist Heinrich Brömmer soll als Erster im Ort am 30. Januar die Hakenkreuzfahne an seinem Haus gehisst haben (vgl. GLA, 465 r Nr. 2978). Die NSDAP-Anhänger in Walldorf zelebrierten ihre so genannte Machtergreifung am Abend mit einer Großveranstaltung nebst Fackelzug. Die Fackeln „stiftete“ die Stadt Walldorf, allerdings ohne vorherige Befragung des Gemeinderates.

Auf Ersuchen des Reichsministers des Innern, Wilhelm Frick, wurden am 2. März 1933 „bis auf weiteres alle kommunistischen periodischen Druckschriften sowie alle kommunistischen Versammlungen und Aufzüge, einschließlich Versammlungen in geschlossenen Räumen“ verboten. Darüber hinaus erging die Anordnung, kommunistische Druckschriften wie Plakate und Flugblätter zu beschlagnahmen und einzuziehen. Die Werbung für die Reichstagswahl am 5. März wurde der KPD damit drei Tage vor dem Wahltermin nahezu unmöglich gemacht. SA und Polizei sorgten dafür, dass Plakate im öffentlichen Raum verschwanden und setzten die Versammlungsverbote um, indem sie Lokale kurzerhand schlossen.

Nach der Wahl setzten die Nazis ihre Schikanen gegen politische Gegner mit verstärkter Intensität fort. Am 16. März befahl Reichskommissar Robert Wagner die unverzügliche Festnahme aller SPD- und KPD-Abgeordneten des Badischen Landtags sowie des Reichstags. In Baden belief sich die Zahl der verhafteten kommunistischen Parteifunktionäre auf insgesamt 900 (vgl. Siemens 2019, S. 185).

Am 30. März 1933 beantragte die NSDAP-Fraktion im Gemeinderat „in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse“, die Heidelberger NS-Zeitung „Volksgemeinschaft“ für Walldorf „tunlichst mit sofortiger Wirkung als amtliches Verkündigungsblatt zu erklären“. Die Leserschaft habe diesen Wunsch geäußert. Der lokalen Vertriebsstelle war es gelungen, nach der Machtübergabe über 50 neue Abonnenten der Zeitung zu gewinnen (vgl. Volksgemeinschaft, 01.04.1933).

Bestätigung der NS-Politik bei der Reichstagswahl

Zur Reichstagswahl mit Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am 12. November 1933 mobilisierten auch die Nazis in Walldorf massiv. Seit Beginn ihrer Herrschaft hatten die neuen Machthaber alles darangesetzt, politische Gegner auszuschalten. Mit dem Zentrum hatte sich im Juli die letzte Partei selbst aufgelöst, so dass nur noch eine von den Nazis dominierte Einheitsliste zur „Wahl“ stand.

„Ein riesiger Fackelzug mit ungeheurer Beteiligung der Walldorfer Volksgenossen bewegte sich“ am 10. November 1933 „von der Apotheke durch die Straßen der Stadt nach dem Wilhelmsberg.“ (Walldorfer Zeitung, 10.11.1933) Im dortigen Saal hielt die NSDAP eine große Wahlkundgebung ab, auf der neben Ortsgruppenleiter Emil Kempf auch ein „Parteigenosse“ Oberhaidacher aus der Steiermark zu Wort kam. Dieser hetzte über den „Schmachvertrag von Versailles“ und die „Schikanen der Alliierten“ gegenüber Deutschland. Es schloss mit den Worten: „Wer nicht wählt, versündigt sich am Vaterland und ist ein Vaterlandsverräter.“ (ebd. 10.11.1933) Angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung nicht wirklich eine Wahl hatte, ist dieser Spruch Farce und Drohung zugleich.

Die örtlichen Parteigliederungen organisierten für den 12. November einen „Wahlschleppdienst“, der mithilfe von Polizei und SA umgesetzt wurde. „Jeder muß wählen. Kranke usw. mögen sich auf der Polizeiwache melden lassen, diese werden kostenlos zur Wahl gefahren“,



Wahlschlepper vor dem Haus Riemensperger in der Heidelberger Straße bei der Reichstagswahl am 29. März 1936

betonte Ortsgruppenleiter Kempf auf der Wahlkundgebung am 10. November (vgl. Walldorfer Zeitung, 11.11.1933).

Deutschlandweit gingen 95,2 Prozent der Wähler zu den Urnen. Mit dem Einheitsstimmzettel konnte die NSDAP eine Zustimmung von 92,1 Prozent erzielen. In Baden lag die Zustimmung bei 92,5 und in Walldorf sogar bei 94,4 Prozent.

Das NS-Regime und auch die lokalen Funktionäre und Parteimitglieder sahen sich durch das Ergebnis in ihrem politischen Handeln bestätigt. Der Terror gegen KPD und SPD wie auch die Propagandamittel, auf welche die Nazis zurückgreifen konnten, hatten wesentlich zum Ergebnis beigetragen.

Ortsgruppenleiter – Die kommunalen „Führer“

Die wichtigsten Parteifunktionäre auf lokaler Ebene waren die Ortsgruppenleiter. Sie wurden auf Empfehlung der NSDAP-Kreisleitung direkt vom jeweiligen Gauleiter ernannt und konnten von diesem auch wieder abgesetzt werden. In der Hierarchie der Partei standen sie unter den Kreisleitern. Ihnen oblag die Führung der jeweiligen Ortsgruppe. „Die Hauptaufgabe des Ortsgruppenleiters als Kopf der Ortsgruppenverwaltung war die Ausübung der Personalkompetenz in seinem Dienstbereich.“ (Kaiser 2009, S. 36)



Ortsgruppenleiter Emil Kempf (Mitte)



Ortsgruppenleiter Emil Schweinfurth (links)

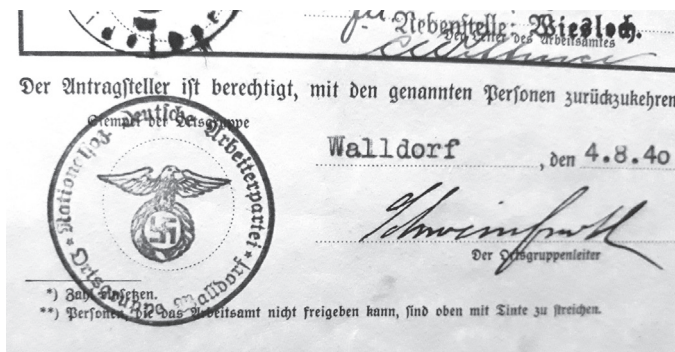
Er konnte NSDAP-Mitglieder zu bestimmten Aufgaben heranziehen; er ernannte und „führte“ die Zellen- und Blockleiter. Rechtlich unterstanden dem Ortsgruppenleiter aber nicht nur die örtlichen NSDAP-Mitglieder, sondern alle Haushalte im Ort.

Ortsgruppenleiter sollten unter anderem durch Veranstaltungen die Bevölkerung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie ausrichten. Über seine „Politischen Leiter“, die dem Gemeinderat angehörten, erhielt der Ortsgruppenleiter Informationen über kommunale Vorhaben und Beschlüsse. Teilweise waren die Ortsgruppenleiter oder ihre Stellvertreter selbst Mitglieder des Gemeinderats. Über diese lokalen Gegebenheiten erstattete die Ortsgruppe an die übergeordnete NSDAP-Kreisleitung Bericht.

Über seine Parteifunktionen hinaus kontrollierte der Ortsgruppenleiter de facto auch den örtlichen Bürgermeister. Durch eine von der NSDAP bewusst schwammig gehaltene Abgrenzung von Zuständigkeiten in der kommunalen Verwaltung entstand häufig ein Spannungsfeld zwischen Partei und Rathaus. Das konnte teils zu nicht nachvollziehbaren Entscheidungen führen, die zur Verunsicherung der Bevölkerung beitrugen. So wurde durch Parallelstrukturen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verwaltung und Partei die Durchsetzung radikaler Ziele auf kommunaler Ebene erleichtert.

Ab März 1934 waren die Ortsgruppenleiter sogar dazu berechtigt, zur Uniform eine Dienstpistole zu tragen. Hierdurch sollte ihre besondere Stellung in der NSDAP sowie in der lokalen Bevölkerung auch nach außen sichtbar unterstrichen werden. Aus Walldorf ist nicht überliefert, dass die jeweiligen Ortsgruppenleiter eine Dienstpistole trugen.

Stützpunktleiter der Walldorfer NSDAP war zunächst Stefan Weigel. Als dieser 1931 damit beauftragt wurde, einen SA-Sturm aufzubauen, wandte er sich an Bäckermeister Emil Kempf. Er bat ihn, die Leitung der lokalen NSDAP zu übernehmen. Kempf, im Ort auch bekannt als der „Kempfe Bäcker“, wurde auf einer Generalversammlung des NSDAP-Stützpunktes am 6. März 1931 von Weigel zum „Ortsgruppenführer“ ernannt. Ab diesem Zeitpunkt bis 1936 war er Stützpunkt- bzw. Ortsgruppenleiter und somit ein exponierter Akteur der NSDAP-Ortsgruppe Walldorf. Der 1891 geborene Kempf war am 15. September 1930 in die NSDAP eingetreten und somit ein „alter Parteigenosse“. Als sein Stellvertreter fungierte der Landwirt Emil Schweinfurth (geb. 1902), der ebenfalls 1930 Mitglied der Partei geworden war.



Stempel der NSDAP-Ortsgruppe Walldorf mit Unterschrift von Emil Schweinfurth

DAS „BRAUNE HAUS“ IN WALLDORF

Nachdem die NSDAP am 1. Dezember 1933 zur Staatspartei geworden war – seit Juli 1933 war sie einzige Partei in Deutschland –, sollten die Ortsgruppen auch in den Städten und Gemeinden ihre eigenen Parteizentralen erhalten. „Mit dem Anspruch der Partei, zentrale Führungsinstanz in den Gemeinden zu sein, kam auch der Bedarf an entsprechenden Räumlichkeiten auf.“ (Kaiser 2009, S. 69)

Vor 1933 waren die Büros der Stützpunkte oder Ortsgruppen oftmals in Privaträumen der jeweiligen lokalen Parteiführer untergebracht. Nach der Machtübergabe wurde zunehmend Wert darauf gelegt, dass die Geschäftsstellen in geeigneten Räumen, die „dem Ansehen der Partei entsprechen“, untergebracht wurden (vgl. Rauschenberger 2021, S. 70 ff.). Die lokalen Dienststellen der NSDAP sollten in repräsentativen Gebäuden angesiedelt sein, die zentral gelegen waren. In diesen Büros waren die Ortsgruppenverwaltung sowie weitere Gliederungen der Partei zu finden. Der Ortsgruppenleiter hielt in der Dienststelle zu festgelegten Zeiten Sprechstunden für die Bevölkerung ab.

Im August 1936 erwarb die Stadt Walldorf in der Heidelberger Straße 25, Ecke Zimmerstraße, ein rund 450 Quadratmeter großes Anwesen, das sich im Besitz der Bezirkssparkasse Wiesloch befand. Vor seiner Zeit als Walldorfer Bürgermeister (1919–1922) hatte Philipp Krell hier ab 1917 eine kleine Zigarrenfabrik betrieben. Danach residierte in den Gebäuden die Zigarrenfabrik Pejuweba Kompagnie, Weinig & Co., die zwischen 1933 und 1934 aufgelöst wurde. Auf dem Firmengelände stand „ein zweistöckiges Wohnhaus mit zwei gewölbten Kellern, ein zweistöckiger Anbau mit Fabriklokal und Abortanlage und eine besonders stehende Scheuer mit Stall“. Darüber hinaus gab es auf dem Areal noch ein „einstöckiges Magazin mit Anfeuchtraum“, ein Überbleibsel der ehemaligen Tabakverarbeitung. Der Walldorfer Gemeinderat stimmte am 13. August 1936 dem Erwerb des Objekts für 10.000 Reichsmark zu. Das Gremium beschloss in derselben Sitzung, das Anwesen „der Ortsgruppe Walldorf der NSDAP zu Parteizwecken zu einem noch festzusetzenden Mietspreis“ zu vermieten. Um den Kauf zu bewerkstelligen, ließ die Stadt bei der Bezirkssparkasse Wiesloch „eine erste Hypothek in Höhe des Kaufpreises, die mit 5 v. H. zu verzinsen und nach sicherer Vereinbarung zu tilgen ist“, eintragen. (vgl. Beglaubigte Abschrift einer Entschließung des Bürgermeisters vom 14.08.1936)

Ein Zeitungsartikel von Anfang Juni 1936 belegt, dass die Partei das Anwesen schon vor August als Zentrale genutzt hatte. Im Rahmen einer Besichtigungsfahrt des NSDAP-Kreisleiters Wilhelm Seiler „in das durch Zusammenlegung der beiden Kreise Heidelberg und Wiesloch neugeschaffene Kreisgebiet“ hatte dieser die Süddeutschen Metallwerke besucht und war „im Bürgersaal des Rathauses von Ortsgruppenleiter Kempf und der Stadtverwaltung empfangen“ worden. Im Anschluss „erfolgte noch eine Besichtigung des Hauses der Ortsgruppe“ (Heidelberger Neueste Nachrichten, 02.06.1936). Da kein vorheriges Parteihaus überliefert ist und die Zigarrenfabrik Pejuweba ab 1934 nicht mehr existierte, ist sicher, dass das nicht mehr verwendete Gebäude bereits vor August 1936 von der NSDAP in Beschlag genommen worden war.



Das „Braune Haus“ in der Heidelberger Straße, Ecke Zimmerstraße im Jahr 1936. Über der Tür befinden sich zwei Schilder, eines mit Adler und Hakenkreuz im Kranz sowie dem Schriftzug „NSDAP“ und darunter eines mit der Aufschrift „Ortsgruppe Walldorf“. Das Blechschild der „Deutschen Arbeitsfront“ rechts oben am Gebäude zeigt die Parole „Unter diesem Zeichen marschieren und arbeiten alle schaffenden Deutschen!“.

Das „Braune Haus“ stellte als Parteizentrale neben dem Sitz der Stadtverwaltung im Rathaus in der Hauptstraße eine Parallelstruktur dar. Viele kommunale Entscheidungen wurden von der Ortsgruppenleitung hier getroffen und dann dem Gemeinderat zum Beschluss, beziehungsweise direkt der Verwaltung zur Umsetzung übergeben.

In der Parteizentrale waren neben der NSDAP-Ortsgruppenleitung auch die Vertretungen der weiteren Parteigliederungen, wie der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) oder der NS-Frauenschaft, untergebracht. Das Haus wurde für Treffen der Ortsgruppe, Dienstbesprechungen, Schulungen und Versammlungen genutzt. Vor größeren Parteiversammlungen oder Aufmärschen trafen sich hier die Funktionäre der Partei, um geschlossen auftreten zu können. So hieß es beispielsweise in einer Terminankündigung der „Volksgemeinschaft“: „Antreten sämtlicher Pol. Leiter vor dem Braunen Haus am Freitag, den 19. Juni, 20.30 Uhr. Marschanzug.“ (Volksgemeinschaft, 18.06.1936) Auch diese Meldung unterstreicht, dass die Parteizentrale bereits vor August 1936 in der Heidelberger Straße 25 zu finden war.

KONTROLLE UND BESPITZELUNG DER NACHBARSCHAFT

Die NSDAP schuf 1933 die Funktionen der „Zellenleiter“ und „Blockleiter“, wobei sich der Name auf (groß-)städtische Häuserblocks bezog. Die Zellenleiter folgten in der NS-Hierarchie dem Ortsgruppenleiter, darunter rangierten die Blockleiter, oder umgangssprachlich „Blockwarte“. Im ländlichen Raum oder in kleinen Gemeinden wurde die Funktionsebene des Zellenleiters oftmals eingespart und dessen Aufgaben vom jeweiligen Ortsgruppenleiter selbst übernommen.

Die Blockwarte kümmerten sich als ehrenamtliche Parteifunktionäre um ihr direktes Wohnumfeld. „In seiner Wirkungsweise sollte er [der Blockleiter, Anm. d. Verf.] nach außen auf die Bevölkerung freundlich, hilfsbereit, fast seelsorgerisch wirken. Tatsächlich war das eigentlich angepeilte Ziel die Überwachung von Menschen.“ (Kaiser 2009, S. 37 f.)

Das NSDAP-Hauptschulungsamt beschrieb den Blockleiter im Jahr 1940 mit folgenden Worten: „Der Hoheitsträger muss sich um alles kümmern. Er muss alles erfahren. Er muss sich überall einschalten.“

Blockleiter warben für die NSDAP und die ihr angeschlossenen Organisationen, propagierten Parteiveranstaltungen oder verteilten Schulungsmaterial. Sie sollten „Propaganda für den Nationalsozialismus betreiben und die Mitgliedergewinnung für die Parteiorganisationen voranbringen“ (ebd. 2009, S. 37). Zudem betreuten Blockleiter die so genannte Haustafel. Diese wurde in Kleinstädten, Dörfern oder Siedlungen an markanten Stellen, in großen Mietshäusern im Flur beziehungsweise Treppenhaus angebracht. An der Tafel wurden Veranstaltungen, Einrichtungen der Partei sowie weitere Belange der NSDAP und ihrer Gliederungen veröffentlicht.

In Walldorf waren insgesamt acht Zellenleiter mit ihren jeweiligen Stellvertretern aktiv. Sie „führten“ rund 30 Blockleiter, die wiederum eigene Stellvertreter hatten. Das entsprach in etwa den Vorgaben der Partei, wonach eine Ortsgruppe aus acht Zellen bestehen sollte, die jeweils in vier bis acht Blocks untergliedert war. Die Zellen- und Blockleiter waren über die ganze Stadt verteilt. Somit war gewährleistet, dass sie in Walldorf flächendeckend ihre Kontrollfunktion ausüben konnten.

Blockwarte standen zwar am untersten Ende der Parteihierarchie, waren aber umso engagierter, wenn es um die Kontrolle ihres sozialen Umfelds ging. Sie bespitzelten Nachbarn, meldeten so genannte Judenfreunde und führten eine „Haushaltskartei“. Hierin wurde über die Hausbewohner standardisiert Buch geführt: unliebsame politische Äußerungen, das Verhalten bei Beflaggung oder das Verweigern des „Hitlergrußes“ wurden beispielsweise akribisch festgehalten. „Die zwei Millionen Blockwarte, die es vor Kriegsbeginn im Deutschen Reich gab, die Gliederungen der NS-Volkswohlfahrt, der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Frauenschaft waren auch dazu da, Aufgaben der Kontrolle und Überwachung wahrzunehmen.“ (Dams/Stolle 2008, S. 99)

Aus Walldorf ist überliefert, dass einzelne Block- oder Zellenleiter beispielsweise Personen direkt konfrontierten, die den sogenannten Hitlergruß nicht erwidert oder an Feiertagen ihre Häuser nicht vorschriftsgemäß mit Fahnen ausgestattet hatten.

Es war im Ort ein offenes Geheimnis, dass der Dentist und SA-Führer Heinrich Brömmer Spitzeldienste leistete, Hinweise sammelte und die erlangten Informationen an höhere Stellen weitergab. Brömmer soll diese in Berichtsform gefasst und an die Ortsgruppenleitung übergeben haben. Von dort gingen sie an die NSDAP-Kreisleitung. Es sind einige handschriftliche Aufzeichnungen Brömmers aus den Jahren 1934 bis 1938 erhalten, in denen er sich abfällig über Walldorfer Einwohner äußerte, die noch Kontakt zu Juden unterhielten. „Außerdem gibt Brömmer selbst zu, daß er politische Stimmungsberichte mit Namensnennung von Personen, welche sich gegen den Nationalsozialismus äußerten, an die Kreisleitung weitergab.“ (Investigation-Report des Special Branch Heidelberg der US Army, in Spruchkammerakte Heinrich Brömmer, GLA, 365 r Nr. 2978)

Inwieweit Brömmer auch Zuträger für den „Sicherheitsdienst der SS“ (SD) oder die „Geheime Staatspolizei“ (Gestapo) war, kann heute nicht mehr einwandfrei geklärt werden. Allerdings sind Telefonate Brömmers mit der Gestapo-Außendienststelle in Heidelberg bekannt (vgl. Spruchkammerakte Heinrich Brömmer, GLA, 365 r Nr. 2978).

DER TERROR NIMMT FAHRT AUF

Einschüchterungen, Drohungen, Schikanen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen waren die ersten Maßnahmen, die politische Gegner über sich ergehen lassen mussten. Adolf Hitler hatte bereits am 3. Februar 1933 vor Befehlshabern des Heeres und der Marine ausgeführt, den „Marxismus mit Stumpf und Stiel“ ausrotten zu wollen (vgl. Adolf Hitler; zit. nach Kühnl 1977, S. 208). Diese Situation verschärfte sich nach dem Brand des Reichstags in Berlin in der Nacht von 27. auf 28. Februar 1933. Den Nazis kam das Ereignis in der Zeit des Wahlkampfes äußerst gelegen. Sie unterstellten, KPD und SPD hätten etwas mit dem Brand zu tun, und sprachen zeitweise sogar vom Beginn eines linken Umsturzversuchs. Die Täterschaft konnte bis heute nicht zweifelsfrei geklärt werden. Allerdings wurden 2019 Unterlagen gefunden, die nahelegen, dass die Nazis selbst den Brand gelegt hatten. Der mutmaßliche Täter, Marinus van der Lubbe, war demnach von SA-Männern zum Reichstag gebracht worden, als das Gebäude schon brannte.

Die Nazis nutzten den Brand, um mit der Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnete diese so genannte Reichstagsbrandverordnung am 28. Februar. NSDAP-Propagandaleiter Joseph Goebbels schrieb am selben Tag in sein Tagebuch: „Das Kabinett hat eine sehr scharfe Verordnung gegen die K.P.D. beschlossen. Diese Verordnung sieht die Todesstrafe vor. Das ist notwendig. Das Volk verlangt das jetzt. Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet.“

Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ war für die neuen Machthaber die gewaltsame und hemmungslose Verfolgung politischer Gegner durch Polizei sowie durch politische Verbände wie SA und SS legalisiert. „Die volle Wucht der nationalsozialistischen Tyrannei traf zuallererst die politischen Exponenten der Arbeiterbewegung: Die führenden Mitglieder von SPD und KPD wurden im März 1933 in Schutzhaft genommen.“ (Schadt 1976, S. 46)

Ab sofort konnten Hausdurchsuchungen, damals meist „Haussuchungen“ genannt, willkürlich durchgeführt werden. Politische Gegner, vor allem aus KPD und SPD, konnten ohne jegliches juristisches Verfahren und ohne jeden Anlass in „Schutzhaft“ genommen werden. „Die Flammen loderten noch, als Polizeikommandos, verstärkt von SA und SS, Büros und Geschäftsstellen der KPD und die Privatwohnungen ihrer Aktivisten und Anhänger stürmten und anhand vorgefertigter schwarzer Listen Kommunisten und Sozialisten reihenweise festnahmen.“ (Siemens 2019, S. 185)

Die Kommunistische Partei war ab diesem Zeitpunkt de facto illegal. „Die Arbeiterbewegung wurde vom Terror überrollt und gelangte nicht zu koordinierter, aktiver Gegenwehr. [...] Die erste Terrorwelle richtete sich fast ausschließlich gegen die Kommunistische Partei und führte zu deren weitgehender Zerschlagung.“ (Kühnl 1977, S. 189 f.)

Joseph Goebbels schrieb am 28. Februar 1933 zu den ersten Aktionen gegen die KPD: „Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.“

Hausdurchsuchungen und Drohungen

Wie in vielen anderen Orten wurden auch in Walldorf unmittelbar nach Erlass der „Reichstagsbrandverordnung“ mehrfach Hausdurchsuchungen bei bekannten Nazi-Gegnern durchgeführt. So war Anfang März beispielsweise auch die Familie Kammer betroffen. Deren Sohn Albert Kammer war Mitglied der KPD. Zwei übereifrige Walldorfer Bürgerinnen distanzieren sich anschließend nach Kräften in aller Öffentlichkeit von Kammer und den Kommunisten. So war in einer Anzeige in der „Walldorfer Zeitung“ vom 6. März 1933 zu lesen:

„Anlässlich der in den letzten Tagen gegen die K.P.D. im ganzen Reich durchgeführte Polizeiaktion fanden auch in Walldorf zahlreiche Haussuchungen und Erhebungen statt, bei welcher Gelegenheit sich auch das grundlose Gerücht verbreitete, daß in unserer Behausung der Vervielfältigungsapparat, womit die Dorfzeitung der K.P.D. ‚Das rote Signal‘ hergestellt worden sein soll, aufgefunden worden sei. Wir erklären hiermit ehrenwörtlich, daß bei uns eine Haussuchung überhaupt nicht stattgefunden hat und wir lediglich aufgrund langjähriger freundschaftlicher Beziehungen zur Familie Fritz Kammer, dessen der K.P.D. als Funktionär angehöriger Sohn infolge dieser Beziehungen ab und zu jedoch nur in geschäftlichen Dingen zu uns ins Haus kam, in einem ungerechtfertigten Verdacht verstrickt wurden. Uns mit irgendwelcher politischen Betätigung zugunsten der K.P.D. in Verbindung zu bringen ist uns sowie wohl allen, welche uns näher kennen völlig unverständlich. Walldorf, den 5. März 1933 Marie Schuh Witwe geb. Menger. Kaethe Schuh.“ (Walldorfer Zeitung, 06.03.1933)

Der genannte „Vervielfältigungsapparat“ wurde bei den zahlreichen Hausdurchsuchungen nicht gefunden. Die Genossen hatten diesen offenbar zu gut versteckt. Erst im Juni 1934 fand die Polizei den Abzugsapparat beim KPD-Mitglied August Maier. (Siehe hierzu auch Kapitel zum Widerstand.)

Der Walldorfer Journalist Konrad Litterer war den Nazis ebenfalls ein Dorn im Auge. In den Jahren vor 1933 hatte sich der Verfasser zahlreicher heimatkundlicher Artikel konsequent geweigert, für Parteiorgane der NSDAP zu schreiben. Bereits kurz nach der Machtübertragung sollte sich dies rächen. Nachdem die Nazis dem Journalisten zunächst unterstellt hatten, Texte für die lokale KPD-Zeitung „Das rote Signal“ verfasst zu haben, erhielt Litterer am 1. März 1933 eine Postkarte, in der ihm unmittelbar gedroht wurde: „Genosse, lasse dein Spatzenhirn nicht so weit spazieren gehen, sonst müssen wir ernst machen.“ Seine klare Haltung, nicht für Zeitungen der NSDAP zu schreiben, hatte den Schriftsteller zum Angriffsziel der Nazis gemacht. Unmittelbar nach Erhalt der Postkarte erfolgte die erste Hausdurchsuchung bei Litterer.

Dass die Nazis bei den Hausdurchsuchungen oft brutal und ohne jegliche Rücksicht vorgehen, verdeutlicht der mündliche Bericht von Irma Durst. Die Tochter des Kommunisten Hans Winnes erinnerte sich im hohen Alter noch an die Durchsuchungsaktionen von SS, SA und Polizei. Als Kind musste sie miterleben, wie die Nazis das Haus auf den Kopf stellten, um Flugblätter oder sonstiges Material der KPD zu finden. Vor allem, dass alle Kinder aus den Betten geholt und sogar die Matratzen herausgerissen wurden, war für sie ein traumatisches Erlebnis. Bei einer Hausdurchsuchung im Juli 1933 wurde ihre Mutter Elise Winnes

DIE WALLDORFER KIRCHENGEMEINDEN IM NATIONALSOZIALISMUS

In Baden gehörten 1933 rund 58,4 Prozent der Bevölkerung der römisch-katholischen und 38,2 Prozent der evangelischen Kirche an. „Die Masse der evangelischen Bevölkerung lebte in den ehemals kurpfälzischen und baden-durlachischen Gebieten Nordbadens, während die Katholiken teilweise besonders stark in dem agrarisch bestimmten nordöstlichen Teils Nordbadens, um Bruchsal, sowie Mittel- und Südbaden vertreten waren.“ (Schadt 1976, S. 41)

Im Jahr 1933 waren in Walldorf 2946 Einwohner evangelisch und 1617 katholisch. Dieses Verhältnis – zwei Drittel evangelische und ein Drittel katholische Einwohner – hatte auch schon in den 1920er und 30er Jahren bestanden.

Die evangelische Kirche

Viele evangelische Christen in Baden setzten große Hoffnungen und Erwartungen in die Nazis. „Besonders in weiten Teilen des protestantischen Kirchenvolkes und unter evangelischen Pastoren gewann die NSDAP seit Ende der 1920er Jahre an Sympathie.“ (Kaiser 2009, S. 190) Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde folglich von vielen Protestanten in Baden positiv aufgenommen und erfuhr entsprechende Zustimmung.

Ein Pfarrer im Sinn der neuen Machthaber

Der Eberbacher Ludwig Eiermann war am 1. Mai 1927 zum Pfarrer in Walldorf berufen worden. 1930 trat der evangelische Geistliche in die NSDAP ein und gehörte damit zu den „alten Parteigenossen“ im Ort. Eiermann war besonders bei jugendlichen Gemeindegliedern beliebt, da sich der Pfarrer in besonderem Maße der Jugendarbeit verschrieben hatte. So wurden Ausflüge und Wochenendlager durchgeführt, und auch der Kindergottesdienst wurde stetig ausgebaut. Der Einfluss Eiermanns



Pfarrer Ludwig Eiermann

auf die evangelische Bevölkerung dürfte dementsprechend groß gewesen sein. „Überhaupt schien die NS-Weltanschauung nach der Machtergreifung der Nazis im Januar 1933 relativ schnell in der evangelischen Kirchengemeinde Raum zu gewinnen. Das hing sicherlich nicht zuletzt mit ihrem Pfarrer Ludwig Eiermann [...] zusammen, der wie viele andere auch mit Begeisterung den Machtwechsel begrüßte.“ (Löffler 2002, S. 29)



Doppelhochzeit vor dem Hotel „Astoria“ im Jahr 1935; Emil Jakob Ludwig Geier (geb. 1908) heiratete Luise Kaufmann (geb. 1911) und der spätere Bürgermeister Wilhelm Schmelcher heiratete ihre Schwester Anna Maria Kaufmann (geb. 1906). Emil Geier war seit 1932 NSDAP-Mitglied und von Juli 1933 bis 1938 in der SS. Die Bräute sind Töchter von Johann Ludwig Kaufmann, Besitzer des Hotels Astoria. Das Foto mit SS-Männern und örtlichen NSDAP-Parteifunktionären sowie dem evangelischen Pfarrer Ludwig Eiermann ist vor der Einfahrt des Hotels Astoria aufgenommen. In der Mitte sitzen die beiden Brautpaare Geier und Schmelcher. Im Vordergrund sind die Straßenbahnschienen auf der Bahnhofstraße zu erkennen.

Die erste „Hitler-Hochzeit“, in der Sprache der Walldorfer auch „braune Hochzeit“ genannt, fand in der Evangelischen Stadtkirche Walldorf am 4. Mai 1933 statt, bei der „Pg. Kreispressewart Dünkler mit Fräulein Lina Koppert in den Stand der Ehe“ trat. Der „Ortsgruppenleiter Kempf traute in Uniform als stellvertretender Bürgermeister das junge Paar. Unter reger Anteilnahme fand die kirchliche Trauung statt“. (Volksgemeinschaft, 09.05.1933) Während der Zeremonie, die Pfarrer Eiermann durchführte, war der Walldorfer SA-Sturm mit Fahnen im Chorraum am Altar der Kirche angetreten.

Der Pfarrer musste seine nationalsozialistische Gesinnung nicht hinter dem Berg halten, konnte er sich doch spätestens nach dem 30. Januar 1933 bezüglich eindeutiger Äußerungen sicher fühlen. So predigte er beispielsweise zu Erntedank 1933: „Wie groß ist doch diese ganze Zeit und wie herrlich dieser Aufbruch unseres Volkes, das nach Gottes Willen durch Blut und Sprache, durch Landschaft und Geschichte zusammengefügt ist.“ (Ludwig Eiermann zit. nach Löffler 2002, S. 30)

Jeden Sonntag ließ Eiermann die Gemeinde im Gottesdienst folgende Fürbitte beten: „Deiner Gnade befehlen wir unseren Führer und Reichskanzler. Stehe ihm bei mit Deinem Geiste und mit Deiner Kraft und laß sein Werk gelingen, zum Heil und Segen für unser deutsches Volk.“ (Visitationsbericht 1933 – 1939 der Ev. Gemeinde Walldorf)

Evangelischer
Posaunenchor mit
seinem Leiter Fritz
Leutz (Mitte sitzend)
im Jahr 1932



Jedes Jahr fand am 30. Januar anlässlich des Jahrestags der „Machtergreifung“ ein Abendgottesdienst in der evangelischen Kirche statt.

Am 20. April 1939 feierte Adolf Hitler seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlass wurde ein reichsweiter Feiertag angeordnet. Die evangelische Gemeinde beging diesen mit einem Gottesdienst für den „Führer“ am Vormittag.

Hauptlehrer Alfred Mattmüller, ein glühender NSDAP-Anhänger, leitete von Oktober 1933 bis Dezember 1938 den evangelischen Kirchenchor. Der Posten wurde 1939 von Fritz Leutz übernommen. Dieser stand bereits seit 1927 als Leiter auch dem evangelischen Posaunenchor vor.

Evangelische Jugend/Jungschar

In der Karlsruher Festhalle wurde am 4. März 1934 der Zusammenschluss der evangelischen Jugendorganisationen mit der Hitlerjugend gefeiert. Diese „Fusion“ hatte in Walldorf offensichtlich keine Bedeutung. Entgegen der allgemeinen Entwicklung wurde die 1899 von Pfarrer Georg Speyerer begonnene, erfolgreiche evangelische Jugendarbeit nach 1933 fortgesetzt. „Sowohl die Arbeit an der männlichen wie an der weiblichen Gemeindejugend wurde weitergeführt.“ Von Seiten des Kirchengemeinderats sei nie daran gedacht worden, „die Jugendarbeit in der Gemeinde zu unterlassen“ (Visitationsbericht 1933–1939 der Ev. Gemeinde Walldorf vom 25. Juni 1939). Das dürfte zum einen auf das Engagement des Parteimitglieds Pfarrer Eiermann in diesem Bereich zurückzuführen sei. Zum anderen sah die örtliche NSDAP in den Jungschar-Gruppenstunden am Dienstag sowie dem sonntäglichen Kindergottesdienst offenbar keine Konkurrenz zur Aktivität der Kinder und Jugendlichen in der Hitler-Jugend. Der HJ-Dienst fand mittwochs und samstags statt, so dass man sich hier zumindest zeitlich nicht ins Gehege kam. Viele Walldorfer Kinder und Jugendliche waren sowohl in der evangelischen Jungschar als auch in der HJ aktiv. So war beispielsweise die



Gruppenbild der männlichen Jungschar in den 1930er Jahren. Auf Wimpel und Schild ist das Ankerkreuz gut zu erkennen, bis heute Symbol der evangelischen Jungschar. Die große Fahne zeigt das „Eichenkreuz“, Symbol der CVJM-Sportarbeit. Auf dem Schild steht der Leitspruch „Mutig voran!“.

Musikzug der Jungschar

1919 geborene Elsa Stumpf Leiterin einer weiblichen Jungschargruppe und zugleich beim BDM Führerin einer Jungmädchelgruppe.

Die Zahl der männlichen Jungschar-Mitglieder schwankte in den Jahren 1933 bis 1938 zwischen 30 und 50; bei den „Burschen und Jungmännern“ waren zwischen 19 und 46 Mitglieder zu verzeichnen, wobei die Zahl ab 1933 stetig abnahm. An der weiblichen Jungschar nahmen im selben Zeitraum zwischen 35 und 40 Mädchen teil; zwischen 25 und 40 junge Frauen und Mädchen kamen zur weiblichen Gemeindejugend. (Zahlen nach ebd.)

Die Leitung der männlichen Jungschararbeit wurde von den Vikaren Walter Bender und Fritz Rudolf Wirsing sowie Karl Koppert, Hans Müller, Albert Nauert und Fritz Winnes geleitet. Schwester Aenne Riechling, Lisa Hillesheim, Anna Mayer sowie Elisabeth und Elsa Stumpf leiteten die Jungschar-Mädchen.

Sowohl aus mündlichen Überlieferungen von Zeitzeugen als auch aus Dokumenten wird nicht ersichtlich, dass die örtliche NSDAP explizit gegen die evangelische Kirche in Walldorf vorgegangen wäre. So geht beispielsweise aus Spruchkammerakten hervor, dass sich die beiden Ortsgruppenleiter Kempf und Schweinfurth nicht gegen die Kirche betätigt haben sollen.

Pfarrer Ludwig Eiermann schrieb am 25. November 1946: „An der nazistischen Kirchengegnerschaft hat sich Herr Kempf nie beteiligt. Er hat aber alles getan, was er seiner Kirche und Kirchengemeinde zu lieb tun konnte.“ (Spruchkammerakte Emil Kempf, GLA, 465 r Nr. 3208)

Am 23. August 1947 bekräftigte Eiermann in einer Eidesstattlichen Erklärung seine Auffassung über Kempf: „Dieser hat mit seiner ganzen Familie immer treu zur Kirche gehalten. Ein Kirchenaustritt kam für ihn nicht in Frage. Niemals hat er sich gegen die Kirche oder eine ihrer Institutionen gewandt.“ (ebd.)



Jungschar-Mädchen beim Ausflug mit Schwester Eina nach Herrenalb 1933

Mädchen der evangelischen Jungschar 1934

